desselben. Dem unklaren Drängen jüngerer Kräfte, die mit Vorliebe hinter Europa's Namen Deckung suchten, ist jedenfalls das frivole Spiel etwas geschädet. Daß der stattgehabte Personenwechsel nicht zugleich ein Wechsel des Systems ist, kann als unzweifelhaft angesehen werden. Die Politik der Regierung, welche sie selbst sich klar vorgezeichnet hat, wird sich fürs Erste nicht ändern. Ueber eine entfernetere Zukunft zu speculiren, wäre aber ein müßiges Geschäft, besonders in Japan.

* Die hawaiische Regierung hat nach einer New-Yorker Meldung eingewilligt, Pearl River-Hafen an die Vereinigten Staaten als eine Kohlenstation abzutreten unter der Bedingung, daß, wenn der gegenwärtige Gegenseitigkeitsvertrag gekündigt wird, die Vereinigten Staaten auf den Hafen verzichten sollen.

* Die Verhandlungen zwischen den Mächten über die Neutralisirung des Suezcanals sind noch nicht abgeschlossen, ihre Fortführung aber hat, nach Versicherungen aus diplomatischen Kreisen, mehr einen formalen als sachlichen Zweck, denn in der Hauptsache sind die Mächte einig; Besorgnisse, als ob Italien sich bedenklich zeigen würde, wären bereits durch das Vorgehen Deutschlands mit der Erklärung, daß der Abschluß des Vertrages als ein neues Unterpfand zur Erhaltung des Friedens zu erachten sei, gelöst. Man wird annehmen dürfen, daß über die Stellung zu der englisch-französischen Abmachung ein Einverständniß zwischen den drei verbündeten Mächten schon während des Ganges der Verhandlungen zwischen England und Frankreich herbeigeführt war. Angaben, wonach Rußland oder die Pforte, oder beide Mächte Einspruch erhoben hätten, werden als durchaus unzutreffend bezeichnet. Es wird dabei bemerkt, daß etwaige Auslassungen der russischen Presse in keiner Weise als maßgebend für die Politik zu erachten seien. An einer Zustimmung sämmtlicher Mächte zu dem Vertrage sei keinenfalls zu zweifeln.

* Die Tage der Chicagoer Anarchisten sind gezählt, wenn ihnen nicht, wozu allerdings — und wie wir sagen möchten erfreulicherweise — recht wenig Aussicht vorhanden ist, Begnadigung zu Theil wird. Drei der Elenden, Fielden, Schwab und Spies, haben beim Gouverneur des Staates Illinois um Gnade gebettelt, und desgleichen laufen aus den anarchistischen Verschwörerkreisen im Lande zahlreiche Gnadengesuche in Chicago ein. Das dortige Gefängniß ist mittlerweile mit zahlreichen Polizeimannschaften besetzt, als ob man sich eines Handstreiches der Anarchisten versähe. Es wäre übrigens interessant zu erfahren, mit welchen Gründen die Begnadigungsgesuche unterstützt werden. Das Auftreten der Anarchisten in den ersten Maitagen des vorigen Jahres erscheint doch in keiner Weise darnach angethan, den Gouverneur Oglesby zur Milde zu stimmen. Auf Anstiftung gerade der Anarchisten brach damals — den 1. Mai der große Streik aus, der die Mehrzahl der Chicagoer Fabriken entvölkerte. Die Landwirthschaftsmaschinen-Fabrik der Gebrüder Cormick hatte insbesondere den Zorn der Anarchisten auf sich geladen, und am 3. Mai hatte auf Anstiften des August Spies ein Versuch stattgefunden, das Etablissement mit stürmender Hand zu nehmen. Bei stetig wachsender Gährung der Massen war am Abend des folgenden Tages ein Meeting der Streikenden nach dem Marktplatze der Stadt einberufen; die anarchistischen Aufwiegler hetzten von der Rednertribüne herab das Volk zu bewaffneter Empörung, worauf von polizeiwegen die Versammlung für aufgelöst erklärt wurde. In diesem Moment wurde aus einem Seitengäßchen eine Dynamitbombe mitten unter die Polizeimannschaften geworfen, deren Explosion etwa 30 Menschen das Leben kostete. Dieses feige Attentat verursachte damals in ganz Amerika eine unbeschreibliche Entrüstung. Es wurden acht der Rädelsführer in Haft genommen, es wurde nachgewiesen, daß sieben von ihnen ähnliche Bomben fabricirt und an jenem verhängnißvollen Mordabend bei sich getragen hatten, daß sie in Rede und Schrift zum politischen Morde gehetzt hatten und mithin als die intellectuellen Urheber derselben zu betrachten waren. Sie wurden daher zum Tode verurtheilt, und es gehört die totale sittliche Verderbtheit der anarchistischen Dynamitfanatiker dazu, um in dem Vollzuge des Urtheils eine Ungerechtigkeit, eine Härte, eine Grausamkeit und was sonst noch alles zu erblicken. Die öffentliche Meinung Amerikas sagt mit vollem Recht, daß angesichts der grenzenlosen Frivolität, womit der Anarchismus gegen das Leben anderer Menschen conspirirt, Staat und Gesellschaft gleichsam einen moralischen Selbstmord begehen würden, wenn in diesem Falle Gnade einträte. Bis jetzt liegt denn auch, wie gesagt, kein Anzeichen dafür vor, daß der Gouverneur von Illinois sich zu einer so bedenklichen Maßregel entschließen sollte.

* Nach Postnachrichten aus Peru wird daselbst ein neues Ministerium gebildet. Das letzte Cabinet wurde zum Rücktritt genöthigt infolge seines Beschlusses, den mit den Bondebesitzern geschlossenen Vertrag nicht der peruanischen Kammer zu unterbreiten.

Deutscher Landwirthschaftsrath.

16. Sitzungsperiode.

Dritter Tag der Verhandlungen.

* Berlin, 5. November. Die Versammlung tritt heute in die Specialdiscussion über die betreffend den Identitätsnachweis eingebrachten Anträge. Dieselben lauten:

I. Antrag v. Puttkamer-Plauth.

1) alle gemischten Transitlager sind aufzuheben;
2) bei Einfuhr von Getreide werden Zollgutschriften ausgestellt, welche bei Ausfuhr einer gleichen Quantität gleichartigen Getreides oder Mehles (nach dem vom Bundesrath festgesetzten Rendementsverhältniß) binnen 6 Monaten von der Zollbehörde mit ihrem vollen Betrage honorirt werden.

(Die Zahl 3 Monate ist vom Antragsteller auf 6 Monate geändert.)

II. Antrag von Oehlschläger.

1) dahin zu wirken, daß für Waaren der in §. 7, 1 des Gesetzes vom 15. Juli 1879 gedachten Art, welche entweder in das Zollausland oder in das Zollinland bestimmt sind, Transitlager nicht mehr bewilligt werden;
2) dem deutschen Reichstage in der nächsten Session ein Gesetz vorzulegen, nach welchem bei Ausfuhr von Getreide, sowie von Mehl und Mühlenfabrikaten (nach dem vom Bundesrath bestimmten Ausbrauerverhältniß berechnet) zwei Drittheil des Zolles vergütet wird, welcher bei der Einfuhr der betr. Getreideart zu zahlen sein würde;
3) die reinen zollfreien Transitlager sollen überall dort gestattet werden, wo sich ein Bedürfniß dazu findet, dagegen gemischte Transitlager nicht mehr zugelassen werden dürfen.

IV. Antrag des Correferenten Klein.

1) die gestellten Anträge auf Aufhebung des Identitätsnachweises bei der Ausfuhr von Getreide abzulehnen;

dagegen

2) bei dem hohen Bundesrath auf Vorlage eines Gesetzentwurfs vorstellig zu werden, wonach bei Einbringung von Getreide in die gemischten Transitlager der Zoll baar bezahlt werden muß.

Nach einer Befürwortung der einzelnen Antragsteller für ihre Zusätze erklärt sich Dr. Adami (Bremen) für die Aufhebung des Identitätsnachweises und für Baarzahlung des Zolles für das in die Transitlager gebrachten Getreide. Ihm tritt Müller (Lübeck) entgegen, der ausführt, daß sich in dieser Frage Handel und Landwirthschaft entschieden gegenüberstünden, er müsse als Vertreter der Landwirthschaft für die Oehlschläger'schen event. Puttkamer'schen Anträge stimmen. v. Below-Saleske bittet ebenfalls, beiden Anträgen beizustimmen. Deutschland erstücke sonst in seinen Getreidemassen, man müsse dem Export ein Ventil öffnen. Seiler (Sachsen) fordert eine Befreiung des soliden Getreidehandels von den schmutzigen Elementen und den unlieblichen Börsenspeculationen und sieht diese Hilfe in dem Antrage Klein.

Sämmtliche in den Anträgen enthaltene Zusätze in Bezug auf die Aufhebung des Identitätsnachweises werden abgelehnt, damit ist der Antrag des Correferenten Klein sub Nr. 1 angenommen.

Ferner wird die Nr. 1 des Oehlschläger'schen Antrages:

„Den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß für Waaren der in §. 7, 1 des Gesetzes vom 15. Juli 1879 gedachten Art, welche entweder in das Zollausland oder in das Zollinland bestimmt sind, Transitlager nicht mehr bewilligt werden"

mit 28 gegen 23 Stimmen angenommen.

In Bezug auf die Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle werden die beiden Anträge v. Lerchenfeld-Köfering angenommen, welche lauten:

1) es sind rechtzeitig entsprechende Sperrmaßregeln für den Import der landwirthschaftlichen Producte, speciell an Getreide anzuordnen;
2) es ist in dem Zollgesetz eine Bestimmung aufzunehmen, nach welcher der Bundesrath ermächtigt wird, auch in Abwesenheit des Reichstages auf dem Verordnungswege jeden einzelnen Zollsatz für kürzere oder längere Zeit auf die Höhe des Gesetzes vom Jahre 1885 zurückzustellen.

Die übrigen diesbezüglichen Anträge v. Below u. s. w. werden abgelehnt.

Damit ist die erste Lesung dieser Gegenstände beendet.

In Bezug auf die Frage der Erneuerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages referirt in Abwesenheit des Oekonomierathes Nobbe (Niedertopfstedt) Prof. Max (München), welcher folgenden Antrag stellt:

Der Deutsche Landwirthschaftsrath wolle erklären:

1) daß es beim Abschluß eines Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn für Deutschland im Interesse der Landwirthschaft gebieten sei, sich bezüglich der Zollsätze Oesterreich gegenüber nicht auf bestimmte Zeit zu binden, daß es sich vielmehr empfehle, im Allgemeinen die Autonomie auf dem Gebiete des Zolltarifs gewahrt zu sehen;
2) daß es im Interesse der deutschen Landwirthschaft liege, die Uebelstände allzu billiger österreichisch-ungarischer Bahnfrachten (geheimer Reductionen) vertragsmäßig herabzumindern und daß es sich in dieser Hinsicht empfehle, die jetzige Fassung des Art. 15 des Vertrages nicht aufrecht zu erhalten, vielmehr auf die vor 1878 bestehenden bezüglichen Bestimmungen zurückzugehen.

Graf Rothkirch (Sachsen-Altenburg) macht darauf aufmerksam, daß der Landwirthschaftsrath, will er seinen Beschlüssen Wirksamkeit verleihen, nicht ausschließlich die Interessen der Landwirthschaft wahrnehmen dürfe. Schon 1878 haben die deutschen Zölle einen sehr schlechten Eindruck in Oesterreich gemacht, wie viel mehr wird das bei der jetzigen Verdoppelung der Zölle der Fall sein und auf die Stimmung unserer südlichen Nachbarn hätten wir doch wohl Rücksicht zu nehmen. Wir ziehen mit den neuen Steuern gleichsam eine chinesische Mauer um uns, was soll geschehen, wenn wir einmal Mißernten haben? Den Weg von Oesterreich-Ungarn müssen wir uns offen halten und uns also nicht pure ablehnend gegen den erwarteten Vertrag mit Oesterreich verhalten. Baron von Tetto (Reichertshausen, Ob.-Bayern) warnt ebenfalls davor, unseren besten Freund auf politischem und wirthschaftlichem Gebiete, Oesterreich, zu schädigen. Herr Knauer (Gröbers) hält den zweiten Passus im May'schen Antrage bezüglich der Bahnfrachten für etwas Feindliches gegen Oesterreich, man solle sich doch vor einer solchen Feindschaft hüten, die leicht auch in politischer Beziehung wirken könne. Nobbe beantragt zu beschließen:

„daß es wünschenswerth sei, einen Weg zu finden, wie man auf einem geeigneten Wege der österreichisch-ungarischen Monarchie die Möglichkeit gewähren könne, die in Deutschland fehlenden Consumtionsartikel vor allen andern Ländern einzuführen."

Herr v. Puttkamer-Plauth erklärt sich gegen diesen Antrag. Wir haben in Deutschland nicht nöthig, politische Bündnisse durch wirthschaftliche Vortheile zu erkaufen, die wir unseren Vorfahren gewähren. So sehr ich für ein politisches Bündniß mit Oesterreich bin, so muß ich mich doch gegen einen wirthschaftlichen Bund erklären, bei dem Deutschland nur Nachtheile hat. Deutschland fühlt sich jetzt so stark, daß es ein solches Vorgehen nicht nöthig hat. Ich bitte nur die May'schen Anträge zu acceptiren. Der Antrag Knauer wird bis zur zweiten Lesung zurückgezogen, die beiden Puncte im Antrage May angenommen.

Die Frage des Eisenbahntarifwesens wird vertagt und in Bezug auf die Angelegenheit des Creditwesens erklärt Herr v. Tetto, daß das Material für diese Frage noch nicht gesammelt und gesichtet sei und daß auch dieser Punct erst in der nächsten Session discutirt werden könne.

In Bezug auf das Versicherungswesen stimmt der Landwirthschaftsrath dem Antrage seiner Commission bei, zu erklären, daß die Neuredaction der Versicherungsbedingungen der öffentlichen Societäten eine befriedigende ist, und daß diese neuen Bedingungen vom Verbande deutscher öffentlicher Feuerversicherungsanstalten recht bald allgemeine Annahme finden möchten.

In zweiter Lesung werden die gestern normirten erhöhten Zollsätze für Getreide ꝛc. im Allgemeinen angenommen. Ein Antrag Seiler (Sachsen) Palmkerne und Koprah mit 5 ℳ zu verzollen und den Maiszoll statt auf 3 auf 6 ℳ zu erhöhen wird abgelehnt.

Auf Antrag Graf Rechberg soll auf die bisher zollfreie Kleie ein Zoll von 50 ℳ gelegt werden, ein Antrag, der mit 25 gegen 21 Stimmen Annahme findet.

Ein Zoll auf Rapskuchen von 50 ℳ wird abgelehnt.

Beim Zoll auf Wolle, welcher von den Anträgen nicht berührt wird, erklärt Oekonomierath Schumacher, daß er einen solchen Zoll nicht in Anregung bringe, nicht weil er ihn nicht als sehr heilsam für die Landwirthschaft, sondern für zur Zeit aussichtslos halte.

In Bezug auf den Identitätsnachweis ist inzwischen ein Vermittelungsantrag Puttkamer eingegangen, welcher lautet:

„Den Bundesrath zu ersuchen, in Erwägung ziehen zu wollen, ob gesetzliche Maßregeln getroffen werden können, welche geeignet sind, die auf ein Minimum zurückgegangene Ausfuhr deutschen Getreides wieder zu heben und besonders prüfen zu wollen, ob die bestehenden gesetzlichen Vorschriften über den Identitätsnachweis bei der Ausfuhr eine Aenderung erfahren können, ohne specielle Interessen zu schädigen."

Dieser Antrag wird mit großer Majorität angenommen, ebenso der zweite Theil des Antrages Klein:

„Beim Bundesrath vorstellig zu werden, daß bei Einbringung von Getreide in die gemischten Transitlager der Zoll baar bezahlt werden muß."

Mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, dessen geheilterten Gesundheitszustand der Vorsitzende gedachte, auf die Bundesfürsten und freien Reichsstädte wurde der Landwirthschaftsrath kurz nach 3 Uhr geschlossen.

Aus der ungarischen Delegation.

* Wien, 5. November, Abends. (Ausführliche Meldung.) In der heutigen Sitzung des ungarischen Delegationsausschusses für auswärtige Angelegenheiten gelangt der Referent Falk auf Grund einer Erörterung der auswärtigen Situation zu dem Schlusse, daß das auswärtige Amt durch seine, während der verflossenen Jahre befolgte Politik nicht nur seinem eigenen von der Delegation acceptirten Programme vollständig treu geblieben sei, sondern auch allen vernünftigen Erwartungen vollständig entsprochen habe; er beantrage daher, der Delegation vorzuschlagen, sie möge die bisherige äußere Politik billigen und dem Minister ihre Anerkennung aussprechen. (Zustimmung.) Graf Julius Andrassy billigt gleichfalls die Politik Kalnoky's, begrüßt freudig die jüngsten, die österreichisch-ungarischen Beziehungen so erfreulich und günstig entwickelnden Ereignisse, und betrachtet den Anschluß Italiens als eine nicht hoch genug zu schätzende Errungenschaft. Redner erörtert dann die bulgarische Frage und richtet an den Minister mehrere Anfragen, betreffend die definitive Lösung derselben. Minister Kalnoky dankt für die zustimmenden Erklärungen der Vorredner und sagt in Erwiderung auf die Anfragen des Grafen Andrassy: die Thronrede bezeichne die bulgarische Frage als ungelöst, heute aber gleichzeitig die Art ihrer Lösung an. Er sei überzeugt, diese Lösung werde allgemeine Zustimmung finden; sie entspreche sicherlich den Intentionen der befreundeten Cabinete, was sehr wichtig sei, da die Lösung auf europäischem Boden erfolgen müsse und auch seiner Ansicht nach jede Einzelintervention in der bulgarischen Frage unbedingt auszuschließen sei. Er gebe zu, daß die Entwickelung Bulgariens durch verschiedene Zwischenfälle in einzelnen Momenten aufgehalten worden sei, aber der aufmerksame Beobachter der Ereignisse müsse zugeben, daß gerade durch Hindernisse und Schwierigkeiten und Patriotismus und das Selbstgefühl der Bulgaren sich bedeutend gehoben habe und daß ohne diese der bulgarische Charakter sich vielleicht nicht so prägnant hätte zeigen können. Gerade der Umstand, daß in jeder Einmischung einer fremden Macht unberechenbare Gefahren liegen, mache die Frage zu einer überaus heiklen. Den Umstand allein, daß diese Gefahr einer Einmischung bisher und hoffentlich für immer abgewendet und den Bulgaren die Freiheit der inneren Entwickelung gewahrt worden sei, betrachte er als einen bedeutenden Erfolg. Was den Prinzen von Coburg anlange, so könne er — Redner — nur bestätigen, was der Referent gesagt habe, nämlich, daß der Prinz kein Candidat Oesterreich-Ungarns gewesen sei. Der Prinz habe allerdings um Rath gefragt und die Minister hätten ihm auch die Schwierigkeiten, denen er entgegengehe, geschildert. Anfänglich habe der Prinz auch versucht, den Boden des Berliner Vertrages einzuhalten, es sei ihm aber nicht gelungen, die Bestätigung der Pforte und die Zustimmung der Mächte zu seiner Thronbesteigung zu erwirken. Der Prinz von Coburg sei nach Bulgarien gegangen nicht als Candidat irgend einer Macht, sondern als Candidat Bulgariens und dies vermöge ihm vielleicht eine festere Stellung zu verleihen, als wenn er seitens einer einzelnen Macht unterstützt wäre. Artikel 3 des Berliner Vertrages sichere Bulgarien die freie Wahl eines Fürsten, verlange aber die Zustimmung der Pforte und die Anerkennung der Mächte. Das erstere Recht habe Oesterreich stets unbedingt anerkannt und nicht untersucht, ob die Sobranje constitutionell zu Stande gekommen sei oder nicht. Die Wahl des Prinzen von Coburg entspreche der Bestimmung, daß der Gewählte nicht der Dynastie eines europäischen Großstaates angehören dürfe. Daß jedoch die Zustimmung der Pforte eine ausdrückliche Bedingung wäre, sei nicht nur die Ansicht Oesterreichs, sondern auch der übrigen Mächte. Ferner sei die Zustimmung aller Mächte zur Wahl des Fürsten nothwendig. Was Oesterreich in nächster Zukunft hinsichtlich Bulgariens zu thun gedenke, könne er nicht eingehend darlegen. Oesterreich erkenne die bulgarische Regierung als eine de facto bestehende an, vermöge aber den Prinzen von Coburg als legalen Fürsten Bulgariens nicht anzuerkennen und müsse amtliche Beziehungen mit ihm vermeiden. Alles, was das Interesse und das Wohl der Balkanvölker zu fördern geeignet sei, werde von Oesterreich stets unterstützt werden. Die Regierung sei gegenwärtig ehrlich bemüht, auch andere Mächte zu Freunden dieser Völker zu machen. Die bulgarische Frage biete allerdings eine Quelle der Beunruhigung in der allgemeinen Situation, allein der wesentlichste Punct dieser Unsicherheit und der alleinige Grund, der Alle zu außerordentlichen Anstrengungen zwinge, sei die bulgarische Frage nicht. Oesterreich-Ungarn und Deutschland hätten mit ihrer seit Jahren befolgten Friedenspolitik eine segensreiche Propaganda gemacht; der Anschluß Italiens, der ja nicht erst seit dem letzten Jahre bestehe, und nur jetzt zu geeigneterem Ausdruck gekommen sei, sowie die Identität der Ziele, welche England und Oesterreich theilen und die auch von dieser Seite eine Unterstützung der Friedenspolitik im Orient hoffen lassen, seien zu den erfreulichen Factoren der jetzigen Situation zu rechnen. Der Minister glaubt ausschließlich erwähnen zu sollen, daß er stets bemüht sei und war, die Beziehungen zu Rußland so freundschaftlich als überhaupt möglich zu erhalten, wie denn solche auch heute nur als freundschaftliche bezeichnet werden können. Er gebe die Hoffnung nicht auf, daß Rußland sich mehr als gegenwärtig den friedlichen conservativen Bestrebungen der Centralmächte nähere und daß Oesterreich-Ungarn mit dem großmächtigen Nachbar auf einem Fuße bleibe, welcher den beiderseitigen Völkern größere Berechtigung für die Zukunft biete. Er werde diese Bestrebungen nie aufgeben, da er dieselben nicht nur mit den Interessen der Monarchie vereinbar, sondern beinahe für die Grundbedingung der Herstellung eines verläßlichen Friedenszustandes in Europa halte.

Socialpolitisches.

* Soweit sich Reichstagsabgeordnete bisher über die Arbeiteralterversicherung geäußert haben, erkannten sie übereinstimmend an, daß der ohnehin schon so stark belasteten Industrie die Kosten dieses großen Reformwerkes nicht allein aufgebürdet werden können, sondern daß ein ansehnlicher Reichszuschuß geleistet werden muß. Wenn ein solcher seiner Zeit bei der Berathung des Unfallversicherungsgesetzes entschieden abgelehnt worden ist, so lagen damals die Verhältnisse insofern anders, als die hierbei in Betracht kommenden Kosten nicht so groß waren, daß sie nicht von der Industrie allein hätten getragen werden können. Bei dem ungleich umfassenderen Project der Altersversicherung aber ist eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln unentbehrlich. Darüber dürfte bei allen Denen, die überhaupt an der Socialreform auf den bisherigen Grundlagen weiterzuarbeiten entschlossen sind, keine Meinungsverschiedenheit mehr bestehen, und ohne allen Zweifel steht auch die Regierung auf diesem Standpunct. Wenn wirklich, wie die Gegner immer behaupten, die Last der neuen Reichssteuern vorzugsweise der Arbeiterclasse aufgebürdet wird, so läßt es sich um so mehr rechtfertigen, daß auch zu ihrem besonderen Gunsten Aufwendungen aus dem Ertrag der neuen Steuern gemacht werden. Es sind freilich für die Einnahmevermehrung schon wieder gar zu viele Verwendungszwecke vorhanden. Allein dieser Zuschuß wird schlechterdings nicht zu entbehren sein, wenn das große Werk der Altersversicherung durchgeführt werden soll.

Vermischtes.

— Berlin, 5. November. Der Kaiser empfing gestern Nachmittag auch noch den Besuch des Prinzen und der Prinzessin Wilhelm, welche gegen 3 Uhr von Potsdam nach Berlin gekommen waren, sowie bald nach 4 Uhr den Staatssecretair Grafen Herbert Bismarck zu einer kurzen Conferenz. — Heute hat der Kaiser etwas später das Bett verlassen, als am gestrigen Tage, doch schreitet die Besserung im Befinden des Kaisers in regelmäßiger Weise fort. Am heutigen Nachmittage war der General v. Albedyll zum Vortrage nach dem Palais befohlen. — Aus San Remo vom 4. d. M. läßt sich die „Magdeburgische Zeitung" melden, daß Herr Mackenzie telegraphisch aufgefordert worden sei, dorthin zu kommen; er werde Dienstag daselbst eintreffen. An regelmäßig gut informirten Stellen ist hier von einer solchen Berufung nichts bekannt. Die kronprinzliche Familie ist, wie gemeldet, am 3. d. M. in San Remo eingetroffen. — Prinz Wilhelm ist gestern Nachmittag 4½ Uhr, nach einem kurzen Besuch bei dem Kaiser, begleitet von dem Prinzen Friedrich Leopold und den Herren seines Gefolges, nach Springe abgereist.

— Der im Berliner „Bär" mitgetheilte, von uns aufgenommene angebliche Brief des Prinzregenten Wilhelm von Preußen ist eine dreiste Fälschung. Der Brief ist von Friedrich Wilhelm IV. geschrieben und in preußischen Schulbüchern seit dreißig Jahren abgedruckt.

— Berlin, 5. November. Heute Vormittag sind in der Pallisadenstraße 48 zwei Kinder im Rauche erstickt. Im Vorderhause daselbst bewohnte seit dem October v. J. der Möbelpolierer Keßler mit seiner Frau und zwei Kindern, Knaben im Alter von 5 und 3 Jahren, eine nach dem Hof zu gehende Kellerwohnung, welche aus einer einfenstrigen Küche und einer daneben liegenden, nur von der Küche aus zugänglichen, einfenstrigen Stube besteht. Der Mann arbeitet zur Zeit in einer Tischlerei in der Müncheberger Straße, die Frau besorgt in demselben Hause, in welchem der Mann thätig ist, die Hausreinigung. Beide pflegen Morgens um 6½ Uhr die Wohnung zu verlassen. Die beiden Kinder, welche um diese Zeit in der Regel noch schlafen, sollten, der elterlichen Weisung gemäß, stets bis zur Zurückkunft der Mutter in ihrem in der Stube stehenden Bett verbleiben. Schon wiederholt ist aber von Hausbewohnern beobachtet worden, daß die Kinder diesem Gebot zuwider gehandelt und sich in der Küche herumgetummelt haben. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben die Knaben dies auch heute gethan, haben dabei mit Zündhölzern gespielt und dabei ein in der Küche zunächst dem Fenster stehendes Bett, auf dem Wäsche lagerte, in Brand gesteckt. Man nimmt ferner an, daß die Knaben, nachdem sie gesehen, was sie angerichtet, in ihr Bett zurückgeeilt sind. Der den Hof bald erfüllende Rauch war zwar von Hausbewohnern bemerkt, aber nicht weiter beachtet worden, da sich auf dem Grundstück eine Schmiede befindet und Rauchercheinungen also dort nichts Seltenes sind. Erst nach geraumer Zeit wurden die Schmiedegesellen selbst aufmerksam und machten gegen 10 Uhr Lärm. Die Versuche, in die raucherfüllte Wohnung einzudringen, waren zuerst vergeblich; erst nachdem die Fenster eingeschlagen waren, gelang es dem Schmiedegesellen Max Müller, sich Eingang zu verschaffen. Man reichte ihm eine Lampe, sowie einen Eimer Wasser und damit ging er an die Rettungsarbeit. Mit vieler Mühe gelang es ihm, den älteren der beiden Knaben zu ergreifen und aus dem Fenster zu reichen. Inzwischen war die Feuerwehr herbeigeeilt und der Führer derselben, Brandmeister Bruns, eilte persönlich dem Müller zu Hilfe. Es gelang ihm auch, den zweiten Knaben aus dem gefährlichen Raum zu tragen. Beide Knaben waren bereits bewußtlos und verstarben kurze Zeit nach der Einlieferung in das städtische Krankenhaus. Das Feuer selbst wurde in kurzer Zeit gelöscht.

⊙ Gera, 6. November. Das vierhundertjährige Jubiläum des Rathskellers hat mit einem Festconcerte und Commerse seinen Abschluß gefunden. Zahlreiche Besucher hatten sich in dem festlich geschmückten Rathhaussaale eingefunden und lauschten den Concertstücken der Stadtcapelle, den Chorgesängen der Liedertafel und den Sologesängen des Mentier Frauke. Die große Zahl der Reden eröffnete der Oberbürgermeister Ruick, welcher mit schwung- und humorvollen Worten auf die Bedeutung des Tages hinwies und mit einem Hoch auf die Stadt schloß. Erst nach Mitternacht erreichte das schöne Fest sein Ende. — Der flüchtig gewordene Kaufmann Goldberg, welcher wegen betrügerischen Bankerotts steckbrieflich verfolgt und in Solothurn verhaftet wurde, wird nun bald in das hiesige Gefängniß eingeliefert. Ein Criminal-Schutzmann hat die Weisung erhalten, nach genanntem Orte zu reisen und Goldberg hierher zu transportiren. „Mensch, ärgere Dich nicht!" Mit diesen Worten, welche derselbe vor seiner so plötzlichen Abreise auf einen Zettel schrieb und diesen in seinen leeren Geldschrank legte, mag sich nun der Erwischte trösten.

Friedrichroda, 3. November. Der „Thür. W." erfährt von verläßlicher Seite, daß ein schon im Vorjahre projectirter Hotelbau (ganz in der Nähe Friedrichrodas) noch in diesem Jahre zur Ausführung kommen soll. Der Unternehmer, ein reicher Amerikaner, habe vor einigen Tagen mit einem Gothaer Baumeister Unterhandlungen gepflogen, die zum Abschluß des Terrainankaufs (Domäne) und der Inangriffnahme des Baues geführt haben sollen. Es ist dies um so freudiger zu begrüßen, als dies für unsere Gegend nur von außerordentlichem Vortheil sein kann. Das Hotel wird so ansehnliche Räume erhalten, daß bequem 2500 (?) Personen darin logiren können, und die Einrichtungen in sanitärer Beziehung, sowie überhaupt den Ansprüchen nach dem Comfort der Neuzeit genügen sollen. Eigene Badeanstalt (Schwimmbassins), sowie eigene Capelle (14 bis 20 Mann Streichmusik) für drei Monate und eine Theatertruppe, aus 12 Personen bestehend, welche zur Zeit der Hochsaison Sing-, Lust- und Schauspiele aufführen wird, sollen in Aussicht genommen sein. Mit dem Bau wird wahrscheinlich Mitte nächsten Monats begonnen werden.

— Kassel, 3. November. („Frankfurter Zeitung".) Die „Cohnprocesse" haben nun ihr Ende erreicht. Bekanntlich hatte der Kaufmann Emil Cohn in Hamburg („Gottes Segen bei Cohn!" ist die Geschäftsdevise dieses Herrn) eine große Zahl deutscher Blätter verklagt, weil diese eine beleidigende Notiz über ihn gebracht hatten. Er erstritt auch eine Reihe obsiegender Urtheile, zog aber die übrigen Klagen zurück, als es sich herausstellte, daß die betreffende Nachricht zuerst in dem hiesigen antisemitischen „Reichsgeldmonopol" gestanden hatte. Gegen das gedachte Blatt klagt Cohn nun, und am 21. September wurde dessen Redacteur, Herr L. Werner, vom hiesigen Schöffengericht wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 30 ℳ verurtheilt. Gegen das Urtheil hatte sowohl der Privatkläger, dem die Strafe zu gering war, sowie der Verurtheilte Berufung eingelegt, welche in der heutigen Strafkammer-Sitzung verhandelt wurde. Das Ergebniß der Verhandlung war, daß der Berufung des Privatklägers stattgegeben wurde und der Verklagte mit 100 ℳ bestraft wurde.

— Das Geschenk, welches der Prinz-Regent Luitpold von Bayern dem Papste zu seinem fünfzigjährigen Priesterjubiläum überreichen ließ, ist, der „Augsburger Abend-Zeitung" zufolge, ein in kostbarster Seide gestickstes Altarbild und stellt Christus am Kreuze, umgeben von zahlreichen hohen und niederen Engeln, dar. Ursprünglich wurde dies Meisterwerk nach genauen persönlichen Angaben des Königs Ludwig II. in der Kunststickschule des Maria-Stiftes angefertigt und zwar als Schmuck über das Kopfende des königlichen Bettes bestimmt. Nach dem Ableben des Königs wurde das Bild, an welchem 6 Damen ununterbrochen 2½ Jahre lang gearbeitet, von dem Prinz-Regenten erworben und von diesem dem Papste geschenkt.

— München, 5. November. Die königl. priv. Hauptschützengesellschaft München hat für das Jahr 1888 die Abhaltung des bayerischen Bundes- und Jubiläumsschießens übernommen. Der Schauplatz desselben wird das geräumige Terrain der Schießstätte auf der Bavariahöhe sein, welche die Aufstellung von etwa 20 Scheiben für die kurze Distanz leicht ermöglicht, sowie das dem Commerzienrath Georg Pschorr gehörige Terrain zwischen Schießstätte und der Bavaria, welches der Besitzer zur Aufstellung von etwa 20 Scheiben auf die weitere Distanz (300 Meter) zu überlassen zugesagt hat.

— Stuttgart, 5. November. In Tübingen wurde heute früh die zum Tode verurtheilte Francisca Langhein, welche aus Habsucht ihre achtjährige Stieftochter mit Spiritus und Erdöl begossen und verbrannt hatte, durch den Scharfrichter guillotinirt. Die Verbrecherin starb ergeben und reumüthig.

— Zug (Schweiz), 3. November. Der durch den Einsturz des Kerzers am 5. Juli entstandene Schaden ist auf 710,097 Frcs. festgestellt worden.

— Petersburg, 5. November. Die Besucher der Militairschule, welche in den letzten Nihilistenprocessen verwickelt waren, wurden gar nicht gerichtlich behandelt, sondern degradirt und schon vor einigen Monaten als Gemeine den Turkestan-Regimentern zugetheilt.

— Ein vielsprachiger Gruß. Als Präsident Cleveland mit seiner Gemahlin zu Anfang October die Stadt Chicago besuchte, ließ die Redaction der „Chicago Daily News" zur Feier dieses Ereignisses ein Festblatt erscheinen, dessen erste Seite mit Begrüßungen des Präsidenten in den Sprachen aller jener Nationalitäten bedeckt ist, welche unter den Bewohnern Chicagos vertreten sind. Das Festblatt ist der Wiener „Neuen Freien Presse" von der Redaction eingesendet worden und bietet eine Art typographischer Musterkarte der verschiedenen Nationalitäten, an denen Chicago reicher ist als irgend eine andere Stadt der nordamerikanischen Union. Die an Präsident Cleveland gerichteten Begrüßungen sind in 21 verschiedenen Sprachen verfaßt und mit den Typen von neun verschiedenen Alphabeten — lateinisch, deutsch, russisch, griechisch und fünf orientalische Alphabete — gedruckt. An der Spitze steht die Bewillkommnung in englischer Sprache, der sich als zweite jene in der Sprache der Algonkin-Indianer anschließt. Dann kommen die übrigen Bewillkommnungen in nachstehender Reihenfolge der Sprachen: deutsch, französisch, hebräisch, norwegisch, schwedisch, czechisch, gaelisch, walisisch, spanisch, russisch, türkisch, arabisch, dänisch, italienisch, grönländisch, armenisch, japanisch, serbisch und ebenso mit den beigefügten Uebersetzungen ins Englische. Nebst dieser Polyglotte bietet das Festblatt noch einige interessante Proben amerikanischer